



**Model United Nations Baden-Württemberg 2022**  
**Gremium: Der Rat der Internationalen Organisation für Migration**  
**Thema: Gesundheitsversorgung von Migrant\*Innen**  
**Stadium: verabschiedete Resolution**

DER RAT DER INTERNATIONALEN ORGANISATION FÜR MIGRATION,

*in Erinnerung* an den Globalen Pakt für eine sichere, geordnete und reguläre Migration [Resolution 73/195 vom 19.12.2018] und in Bekräftigung der New Yorker Erklärung für Flüchtlinge und Migranten [Resolution A/RES/71/1 vom 19.09.2016] und hinweisend auf die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte [Resolution 217 A (III) vom 10.12.1948],

*in Anerkennung* der Genfer Flüchtlingskonvention, die die grundlegende gesundheitliche Versorgung jeder flüchtenden Person festlegt,

*mit Besorgnis feststellend*, dass bisherige Abkommen und Konventionen nicht ausreichend die Situation verbessert haben,

*höchst besorgt* über die aktuelle Situation der Migrant\*innen und deren mangelnden Zugang zu Gesundheitsversorgungen,

*alarmiert* über die stetig wachsende Anzahl von Migrant\*innen aufgrund der voranschreitenden Klimakrise und kriegerischen Auseinandersetzungen, die vor allem durch die Covid-19 Pandemie einen Zugang zu einem geregelten Gesundheitssystem benötigen,

*aner kennend*, dass dringender Handlungsbedarf besteht, um eine adäquate Gesundheitsversorgung für alle Migrant\*innen gewährleisten zu können,

*zur Kenntnis nehmend*, dass vielen Staaten die finanziellen Mittel fehlen, um allen eine angemessene Gesundheitsversorgung zu garantieren,

*in Erinnerung* an die Pflichten der Vereinten Nationen,



1. *verlangt unmissverständlich* die Verbesserung der Gesundheitsversorgung für alle Migrant\*innen gemäß des Ziel 15 e) des Globalen Pakts für eine sichere, geordnete und reguläre Migration und eine regelmäßige, angekündigte Überprüfung der Fortschritte durch speziell geschulte Abgesandte der Internationalen Organisation für Migration;
2. *drängt* zur finanziellen Unterstützung bei dem Ausbau der Gesundheitsversorgung, um eine Umsetzung in allen Staaten garantieren zu können und empfiehlt hierfür die Entwicklung eines Haushaltsplans;
3. *verurteilt* jegliche Versuche, Migrant\*innen eine angemessene Gesundheitsversorgung zu verweigern;
4. *fordert* einen vereinfachten unbürokratischen Zugang zu der Gesundheitsversorgung des Aufnahmelandes;
5. *verlangt*, dass unter besonderer Beachtung der Souveränität einzelner Staaten gesundheitsschädliche Arbeitsbedingungen der Migrant\*innen untersagt werden;
6. *drängt* alle Staaten zu Fortbildungsmaßnahmen und zu einer Erweiterung der Ausbildung für das medizinische Personal, Psycholog\*innen und Dolmetscher\*innen;
7. *appelliert*, Beweggründe für eine Migration wie eine mangelnde wirtschaftliche und politische Sicherheit, auszuräumen, ohne dabei die Souveränität der Staaten zu bedrohen;
8. *schlägt* die Erweiterung der finanziellen Mittel des UNHCR vor, um hilfsbedürftige Staaten finanziell zu unterstützen;
9. *betont* die Wichtigkeit der Errichtung einer internationalen Datengrundlage auf Basis der "Migration Data Strategy" der IOM in Bezug auf Migrationszahlen sowie Herkunfts- und Zielländer, um eine verbesserte Grundlage für die weitere Arbeit zu schaffen;



10. *legt* die regelmäßige Überprüfung der Wirkung von Sanktionen in Bezug auf die Gewährleistung der Gesundheitsversorgung von Migrant\*innen *nahe* und schlägt sanktionierenden Staaten eine Unterstützung der Zivilbevölkerung der sanktionierten Staaten durch materielle Hilfsgüter vor;
11. *empfiehlt*, Fristen und Ziele für eine Beschleunigung der Verbesserung der Lebensbedingungen und Gesundheitsversorgung von Migrant\*innen festzulegen;
12. *dankt* den Nichtregierungsorganisationen für ihre Arbeit, um die Gesundheitsversorgung zu verbessern und ermutigt zum Ausbau der Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen.